

Thomas Baehr

Verhaltenssteuerung durch Ordnungsrecht

Das Vollzugsdefizit als Verfassungsproblem



Nomos

Inhaltsverzeichnis

<i>A. Einleitung und Fragestellung</i>	13
I. Ordnungsrecht als Instrument zur Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern	13
II. Ineffektivität ordnungsrechtlicher Steuerung als Rechtsproblem	15
III. Verhaltenssteuerung durch Ordnungsrecht als Untersuchungsgegenstand	16
1. Vorfrage: Wirkt Ordnungsrecht überhaupt verhaltenssteuernd?	16
2. Verhaltenssteuernde Wirkung	18
3. Ordnungsrechtliche Steuerung	21
4. Zusammenfassung der Fragestellung	22
IV. Gang der Untersuchung	22
<i>B. Verhaltenstheoretische Erklärung ordnungsrechtlicher Wirkungen</i>	25
I. Vorhandene Erklärungsansätze der (Rechts-) Soziologie	25
1. Vorwiegend deskriptive Beiträge zur Effektivität des Rechts	25
2. Eine Theorie über die Befolgung von Gesetzen	26
3. Grenzen des (rechts-) soziologischen Ansatzes	28
II. Vorhandene Erklärungsansätze der ökonomischen Analyse des Rechts	30
1. Anreizfunktion der ordnungsrechtlichen Norm	30
2. Informationsfunktion der ordnungsrechtlichen Norm	32
a) Soziale Mißbilligung devianten Verhaltens	33
b) Verhaltensregelmäßigkeit in Koordinationssituationen	35
c) Unsicherheit über die nicht-menschliche Umwelt	37
3. Grenzen des ökonomischen Ansatzes	38
III. Der Dritte Weg: Ein psychologisch informierter Erklärungsansatz	39
1. Der Einfluß der Rechtsnorm auf die Befolgungsbereitschaft	44
a) Abbau kognitiver Dissonanz	45
b) Ausübung legitimer Macht	47
c) Einstellungsänderung durch „mere exposure“	51
2. Zusammenhang zwischen Einstellung und Verhalten bei geplantem Verhalten	52
a) Einstellung gegenüber dem normierten Verhalten	53

b) Einfluß der Bezugsgruppe als subjektive Norm	54
c) Einschränkung wahrgenommener Verhaltenskontrolle durch ange- drohten Verwaltungszwang	55
3. Aktivierung injunktiver Sozialnormen	56
4. Psychologische Ursachen eines Steuerungsversagens und negative Effekte	58
a) Perzeptions- und Kommunikationsprobleme	58
b) Psychologische Reaktanz, Überveranlassung und Aggression	64
IV. Folgerungen für den Steuerungszusammenhang	68
<i>C. Verfassungsrechtliche Implikationen</i>	71
I. Vorzüge der Verhaltenssteuerung durch Ordnungsrecht	73
1. Rechtssicherheit	74
2. Flexibilität und Einzelfallgerechtigkeit	75
3. Grundrechtsschutz durch Verfahren	77
4. Legitimation durch Verfahren	78
II. Eingriffscharakter ordnungsrechtlicher Steuerung	80
1. Ordnungsrechtliche Steuerung und Eingriffsbegriff	81
2. Mentalitätsveränderung als Eingriff?	82
III. Verfassungsrechtliche Probleme bei Ineffektivität des Steuerungsinstrumentes	84
1. Übermaßverbot	84
a) Mentalitätsveränderung als legitimer Gesetzeszweck	85
b) Ungeeignete Inanspruchnahme bei Wahrnehmungshindernissen	87
c) Mangelnde Erforderlichkeit bei Vollzugsdefizit	89
d) Unverhältnismäßige Inanspruchnahme bei regelungsimmanentem Vollzugsdefizit	90
e) Verhältnismäßigkeit durch Instrumentenverbund	93
2. Gleichheitsgebot	94
a) Das Vollzugsdefizit als Gleichheitsproblem	95
b) Strukturelle Vollzugsmängel der gesetzlichen Regelung	96
3. Rechtsstaatsprinzip	99
a) Unvollständiger Vollzug einzelner Vorschriften	99
b) Rechtsstaatliche Probleme einer Übernormierung	101

4. Demokratieprinzip	103
a) Vollzugsdefizit als demokratisch problematisches Akzeptanzdefizit	104
b) Vollzugsdefizit als Defizit sachlich-inhaltlicher Legitimation	104
5. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	105
a) Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip?	106
b) Wirtschaftlichkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung	108
c) Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	109
d) Treuhandstellung der staatlichen Organe	109
<i>D. Zusammenfassung</i>	113
<i>Literaturverzeichnis</i>	117

Soweit nicht allgemein verständlich, richten sich die verwendeten Abkürzungen nach: Kirchner, Hildebert/Butz, Cornelia, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 5. Aufl., Berlin – New York 2003. Die in den Fußnoten verwendeten Abkürzungstitel von Zeitschriften sind der Zeitschriftendatenbank (ZDB) der Staatsbibliothek zu Berlin zu entnehmen.